

Berlin, den 29.10.2019

Positionspapier des Landesschüler*innenausschuss Berlin: Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall

An den Schulen Berlins herrscht ein konstanter Mangel an Lehrkräften. Dieser führt dazu, dass das vorgeschriebene Unterrichtspensum häufig nicht vollständig abgedeckt werden kann. Auch wenn die Nachricht über Unterrichtsausfall für die meisten Schüler*innen zunächst eine positive ist, nimmt die Menge der ausfallenden Stunden mittlerweile einen Umfang an, bei dem klar wird, dass es sich nicht nur um Einzelfälle handelt, sondern dass den Schüler*innen das Recht auf eine umfassende, den Vorgaben des Rahmenlehrplans entsprechende Bildung verwehrt wird.

Um den Unterricht dennoch zu gewährleisten, werden häufig Quereinsteiger*innen eingestellt. Hierzu bezog der LSA Berlin bereits am 22. September 2018 Position.

Neben der Einstellung von Quereinsteiger*innen setzt der Senat auf Angebote, die angehende Rentner*innen und Pensionäre zur Berufsfortsetzung bringen sollen. So wird diesen Lehrer*innen eine Gehaltserhöhung von 20% angeboten, wenn sie sich bereit erklären, bis zu drei Jahre länger in ihrem Beruf zu bleiben.¹ Tatsächlich ist dieses Angebot meist das einzige, bei denen Lehrkräfte überhaupt eine Gehaltserhöhung erwarten können. Auf der anderen Seite gibt es etliche Student*innen, die gerne auf Lehramt studieren möchten, aber aufgrund mangelnder Studienplätze abgelehnt werden.² Beim Ausbau dieses Studienbereiches wurde eindeutig zu lange gewartet.

Der hohe Mangel an Lehrkräften wird u.a. durch Nachteile des Berliner Schulsystems hervorgerufen. Das Einstiegsgehalt von Lehrkräften in Berlin wurde in den letzten Jahren zwar deutlich erhöht, allerdings haben Berliner Lehrer*innen kaum Aufstiegschancen und können nicht mit einer Verbeamtung rechnen.³

Da die Zahl der Berliner Schüler*innen steigt, wird das Problem der fehlenden Lehrkräfte in den nächsten Jahren um ein Vielfaches steigen. Der vom Lehrkräftemangel betroffene Unterricht fällt deutlich zu oft (ersatzlos) aus. Im Land Berlin sind im Schuljahr 2017/18 pro Woche durchschnittlich 12.300 Unterrichtsstunden entfallen (einschließlich derer, des Zweiten Bildungswegs)⁴. In Vertretungsstunden - sofern diese stattfinden - werden meist Aufgaben erteilt, bei denen die vertretende Lehrkraft durch fehlende Ausbildung im betroffenen Fach keine qualifizierte Hilfestellung leisten kann oder es ist gar keine Lehrkraft anwesend. Dieses Vorgehen kann und darf nicht als gleichwertiger Unterrichtsersatz gelten.

Wir, der Landesschüler*innenausschuss Berlin, fordern, dass der Unterricht mit so wenigen Ausfällen wie möglich gewährleistet wird. Weiterhin fordern wir, dass die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sämtliche Schritte unternimmt, um Lehrkräfte für Berliner

¹

<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/lehremangel-berlin-will-lehrern-20-prozent-mehr-geld-geben-a-1191057.html> (Artikel vom 02.02.18, Stand 04.10.19)

² <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/01/lehremangel-berlin-viele-bewerber-lehramtsstudium-abgelehnt.html> (Artikel vom 24.01.19, Stand: 2.10.19)

³ <https://www.berlin.de/sen/bildung/fachkraefte/einstellungen/lehrkraefte> (Stand: 02.10.19)

⁴ "Blickpunkt Schule Schuljahr 2017/2018" der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auf www.berlin.de/sen/bjf

Schulen zu gewinnen. Diese müssen sowohl fachlich als auch pädagogisch - den allgemeinen Bildungsanforderungen entsprechend - ausgebildet sein. Aus diesem Grund verlangen wir die Einrichtung ausreichender Studienplätze und Förderungen für angehende Lehrkräfte. Wir kritisieren unterschiedliche Bezahlung für gleiche Arbeit. Der Lehrberuf muss in Berlin attraktiver werden.

Unterrichtsausfälle sind der Ausnahme vorzubehalten und müssen verhindert werden. Sollte ein planmäßiger Unterricht nicht stattfinden können, muss die Schule die personellen Voraussetzungen haben, eine adäquate Unterrichtsvertretung zu gewährleisten. Hierfür fordern wir eine personelle Abdeckung von circa 110%. Schulen mit einer weitaus höheren Besetzung sollen Lehrkräfte auf andere Schulen, die diese personelle Abdeckung nicht erreichen, abgeben.

Vertretungsstunden sind von den jeweiligen Fachlehrkräften zu vertreten. Ist dies nicht möglich, hat eine Lehrkraft eines anderen Faches zu vertreten, wobei diese eigene, fachfremde Inhalte thematisieren sollte, um einen qualitativ hochwertigen Unterricht sicherzustellen.

Der Landesschülerausschuss Berlin zieht den Schluss, dass der Lehrkräftemangel an Schulen behoben werden muss und fordert bessere Arbeitsbedingungen und lukrativere Angebote für angehende Lehrkräfte in Berlin. Weiterhin sprechen wir uns für bildungsfördernde Vertretungsstunden aus, die Unterrichtsentfall vermeiden.

